

neuen Bundesländern (bislang jedenfalls) ein sichtbares Drogenproblem noch nicht existiert. Auffallend ist dabei auch die weitgehende Übereinstimmung von Einschätzungen der Polizei und vieler Kriminologen.

Auf der Suche nach Begründungen für diese sofort nach der Wende als bedrohlich-ausfernd eingeschätzte Kriminalitätsentwicklung in Ostdeutschland werden dann klassische Argumente wie sozialer Abstieg, Arbeitslosigkeit und soziale Desorganisation sowie Orientierungslosigkeit genannt, wie auch Veränderungen der Gelegenheitsstrukturen für Kriminalität oder aber die Schutzlosigkeit der bislang an bestimmte Formen von Straftaten nicht gewöhnten ostdeutschen Bevölkerung als auch die Schwäche der

die Jahre 1990 und 1991 verfügbar ist, eine solche Zustandsbeschreibung bislang nicht stützt.

Natürlich lassen sich diese Zahlen eingedenk der Tatsache, daß die Polizeiliche Kriminalstatistik Ergebnisse der Arbeit einer Instanz strafrechtlicher Sozialkontrolle widerspiegelt, zum Beleg für eine wie auch immer geartete Kriminalitätsentwicklung nicht heranziehen. Allein die Unterschiede im Anzeigeverhalten und die »Verarbeitung« durch eine sich in der Umstrukturierung befindliche Polizei lassen hier eher den Schluß zu, daß ein Artefakt vorliegt. Alle mal sind jedoch die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht geeignet, dramatische Entwicklungen zu beweisen, wenngleich es natürlich anhand der registrierten Daten partiell

bezogen auf bestimmte Delikte durchaus möglich ist, Anstiege (der polizeilichen Wahrnehmung) von bestimmten Delikten festzustellen.

Bei nüchterner Betrachtung der verfügbaren Befunde sowohl aus Dunkelfelduntersuchungen wie

auch – soweit man sie dazu in Betracht ziehen will – der Polizeilichen Kriminalstatistik ist es also bei allen ernst zu nehmenden Anzeichen für sich zuspitzende soziale Konflikte und auch einem offensichtlichen Anwachsen von Kriminalität im Vergleich mit der Situation zu DDR-Zeiten für die erste Phase nach der Wende (1990 und 1991) eher schwierig, katastrophale Entwicklungstrends der (Alltags-)Kriminalität im Osten Deutschlands als unmittelbares Ergebnis des DDR-Zusammenbruches und des in der Folge stattfindenden sozialen Umbruches zu begründen. Interessant wäre hier die Frage, inwieweit die Überzeichnungen des Kriminalitätsbildes für den hier betrachteten Zeitraum als skandalisierende Zuschreibungsprozesse zu erklären sind, die aus einer späteren Rückwärtsbetrachtung möglicherweise als Vorwegnahme von später eintretenden Zuständen erscheinen.

Die insbesondere für das Jahr 1992 offensichtlich angestiegenen Gewalttätigkeiten meist junger Männer in den neuen Bundesländern mit häufig fremdenfeindlicher Motivation werden oft gerade als Beleg für die seit 1990 vorherrschende dramatisierende Betrachtungsweise der Kriminalitätsentwicklung in Ostdeutschland herangezogen. Daß es sich hierbei einerseits um ein in dieser eskalierenden Form relativ neues Phänomen handelt, was die Frage nach den Effekten der Wende aufwerfen müßte, und daß diese Erscheinungen andererseits – bei allem Zusammenhang mit allgemeineren Entwicklungen, wie die jubelnden Massen in Rostock und

Die große Einheit oder: Das »Horror-Szenario«?

Uwe Ewald zur Kriminalität in den neuen Bundesländern und über unterschiedliche Perspektiven ihrer Betrachtung.

Eigentlich könnte man meinen, gibt es zum Thema Kriminalität in den neuen Bundesländern (NBL) so wirklich Neues nicht, wenn es um eine allgemeine Zustandsbeschreibung gehen soll. Die Dinge scheinen selten klar zu liegen, und es ist bestenfalls möglich, einige Illustrationen nachzureichen, die das mehr oder weniger dramatische Kriminalitätsbild in Ostdeutschland noch sinnfälliger machen. Von Diebstahl bis Mord über Vergewaltigung und Raub wird vor allem in den Medien geradezu von einem »Horror-Szenario« (Kury, 1992, S. 170) berichtet. Hinzu kommen dann Erscheinungen von organisiertem Verbrechen und Wirtschaftskriminalität und nicht zu vergessen die Systemkriminalität des Staatssozialismus. Es bedarf eigentlich keines weiteren Beleges dafür, daß eine »Kriminalitätsexplosion« im Osten stattgefunden hat. Nicht ganz ins Bild paßt hier die Tatsache, daß in den

Polizei angeführt. Auch Ergebnisse repräsentativer Untersuchungen zur Opferwerdung vor und nach der Wende in den neuen Bundesländern werden zum Teil in dieser dramatisierenden Perspektive dargestellt.¹ In der Grafik 1 werden die Nennungen von mindestens einem Delikt in ihrer prozentualen Verteilung im Zeitraum vor (Zeit I) und nach (Zeit II) der Wende abgebildet. Der Vergleich der relativen Häufigkeiten in den genannten Zeiträumen (die sich etwa wie 4:1 verhalten) legt, bezogen auf die verschiedenen Deliktgruppen, die Vermutung nahe, daß ein deutlicher Anstieg nach der Wende bis zum Befragungszeitpunkt (September 1990) gegeben ist, da die Angaben zur Opferwerdung für diesen Zeitraum deutlich oberhalb der (rein rechnerischen) Grenze von einem Fünftel oder 20 Prozent (die bei einer angenommenen zeitlichen Gleichverteilung vorliegen müßten) liegen. Eine solche Interpretation wirft, wie noch zu zeigen ist, verschiedene Fragen auf. Insbesondere müßte erklärt werden, warum denn ein ähnlicher – wenn auch nicht gleichermaßen ausgeprägter – Effekt für die alten Bundesländer im Vergleich der Angaben zur Opferwerdung in den beobachteten Zeiträumen ebenfalls festgestellt wurde (vgl. Tabelle 2).

Soweit Wahrnehmungen der Polizei zur Kriminalitätsentwicklung herangezogen werden, um eine ausufernde Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern zu belegen, ergibt sich für ein solches Unterfangen die Schwierigkeit, daß die registrierte Kriminalität, soweit sie für

anderswo gezeigt haben – eben nicht so unbesehen und pauschalisierend als Metapher für »den Osten« gebraucht werden sollten, wird in aller Regel übersehen. »Der Osten« wird hier auf eine Weise zurechtdefiniert, daß man fast Angst haben muß, er könne sich eines Tages wirklich nach dieser Definition verhalten.

Eine andere Perspektive, jedoch keine Bagatellisierung

Blickt man auf die Kriminalität im Osten nicht in zwanghafter Erwartung eines Kriminalitätsbooms, so lassen sich die verfügbaren Daten auch in anderer Perspektive darstellen.

Zunächst gilt eben nach den vorliegenden Befunden auch für die alten Bundesländer, daß sich der Nachwendezeitraum bis Ende 1990 im Verhältnis zu dem erfaßten Vorwendezeitraum nicht in dem rechnerisch erwarteten Verhältnis von 4:1 hinsichtlich der Opferwerdung verhält, sondern deutlich und für einige Delikte stärker als bei den neuen Bundesländern überrepräsentiert ist. Nun ist allein aus dieser Tatsache nicht zu schließen, daß der Anstieg für die neuen Bundesländer deshalb etwa nicht bestünde. Diese Tatsache kann wohl als gegeben hingenommen werden. Wegen der unterschiedlichen sozialen Kontexte (drastischer Zusammen- und Umbruch im Osten, relative Kontinuität der Verhältnisse im Westen) stellt sich jedoch bei der vorliegenden Ähnlichkeit der zeitlichen Verteilung der Opferwerdung die Frage nach der tatsächlichen Erklärung für dieses Phänomen. Es scheint naheliegend zu sein, daß die dargestellten Befunde wegen der zugrundeliegenden Methode ihrer Erhebung nur in engen Grenzen interpretiert werden können.

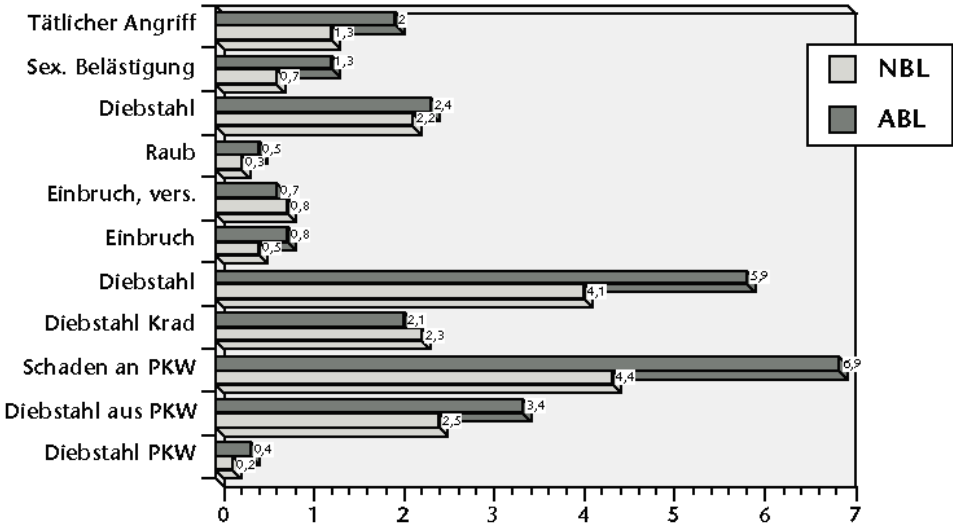
Zieht man nicht nur die zeitliche Verteilung der Opferwerdung in Betracht (vgl. Tabelle 1), sondern berechnet die relativen Häufigkeiten für jeden Zeitraum bezogen auf die gültigen Antworten je Delikt, so zeigt sich, wie aus Tabelle 2 auf der nächsten Seite sichtbar wird, daß die Opferraten sowohl vor als auch nach dem Wendedatum im November 1989 in den alten Bundesländern mit Ausnahme des Kraddiebstahls und des versuchten Einbruchs höher lagen³.

Besonders für die Zeit nach der Wende bis zum September 1990 zeigt sich das interessante Phänomen einer deutlichen Höherbelastung der alten Bundesländer.

Bei allem Anstieg von Konflikten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wird durch diesen Vergleich deutlich, daß – immer bezogen auf den betrachteten Zeitraum – von einer Kriminalitätsexplosion in Ostdeutschland so pauschal nicht gesprochen werden kann. Die vorliegenden Daten stützen jedenfalls eine solche Position kaum.

Der Versuch einer nichtdramatisierenden Darstellung der Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern könnte leicht dahingehend

Grafik 1: Opfer in NBL und nach der Wende¹
(N=4999; Zeit 1: Jan. 86 – 9. Nov. 89; Zeit: 9. Nov. 89 – Sept. 90)
Angaben in Prozent



Grafik 2: Opferraten nach der Wende in den alten und neuen Bundesländern

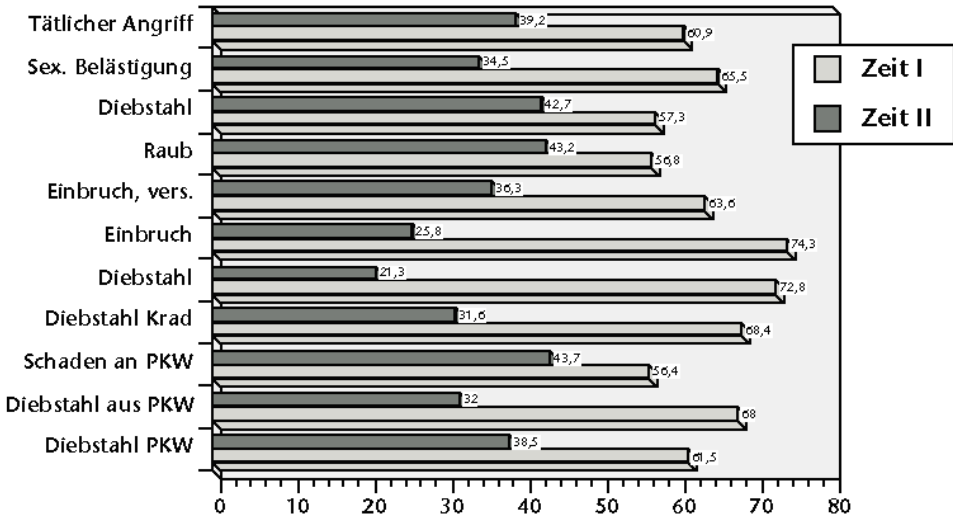


Tabelle 1: Häufigkeitsziffern (HZ) 1991 nach Bundesländern²

Bundesland	HZ	Bundesland	HZ
Baden-Württemberg	5330	Berlin	14617
Bayern	4960	Brandenburg	4514
Bremen	17373	Mecklenburg-Vorpommern	5036
Hamburg	16644	Sachsen	2805
Hessen	7563	Sachsen-Anhalt	3755
Niedersachsen	7579	Thüringen	3668
Nordrhein-Westfalen	7164		
Rheinland-Pfalz	5643		
Saarland	5659		
Schleswig-Holstein	9662	neue Bundesländer	3733
vergleichbare zehn Bundesländer	6903	Bundesgebiet insgesamt	6649

Tabelle 2: Opferraten nach Delikten

Delikt	Neue Bundesländer (N=4999)				Alte Bundesländer (N=2027)			
	gültige Antworten		Opfer vor der Wende		gültige Antworten		Opfer vor der Wende	
	N ₁	%	N ₁	%	N ₁	%	N ₁	%
Diebstahl PKW	3192	8	0,3	5	0,2	1551	13	0,8
Diebstahl aus PKW	3202	172	5,4	81	2,5	1402	120	8,6
Schäden aus PKW	3192	181	5,7	140	4,4	1346	136	10,1
Diebstahl Krad	1295	65	5,0	30	2,3	194	9	4,6
Diebstahl Fahrrad	3700	401	10,8	150	4,1	1220	132	10,8
Einbruch	4999	78	1,6	27	0,5	1977	34	1,7
Einbruch vers.	4999	70	1,4	40	0,8	1993	21	1,1
Raub	4999	21	0,4	16	0,3	1993	25	1,3
Diebstahl	4999	146	2,9	109	2,2	1883	98	5,2
Sex. Belästigung*	2643	36	1,4	19	0,7	1014	29	2,9
Tätlicher Angriff	4999	98	2,0	63	1,3	1943	45	2,3

* nur Frauen

(Quelle: Kury, 1991, S. 68; prozentuale Angaben eigene Berechnungen)

mißverstanden werden, daß entgegen der oben kritisch betrachteten Skandalisierung nunmehr eine Verharmlosung des Problems stattfinden soll. Dies jedoch würde nicht den Intentionen des Ansatzes von einer »verhaltenen Kriminalitätsentwicklung« in den neuen Bundesländern in den ersten beiden Jahren nach der Wende entsprechen. Worum es dabei geht, ist der Versuch einer Betrachtung, die auf eine differenzierte Beschreibung und in der Folge dann auch Erklärung des Kriminalitätsphänomens in den neuen Bundesländern hinausläuft. Einer Betrachtung, die die Situation in Ostdeutschland als rein anomischen Zustand begreift, der überwiegend und nahezu ausschließlich durch den Zusammenbruch aller

sozialen Beziehungen, Werteverlust und Orientierungslosigkeit geprägt ist, und aus dem sich dann – gleichwohl zwanghaft – auch erklärt, warum Kriminalität in allen Bereichen sprunghaft ansteigen muß, wird ein Ansatz entgegengesetzt, der die Vorgänge des Zusammenbruchs und der Anomie mit einer relativen Konsistenz von informellen Beziehungsgeflechten und darin »aufgehobenen« Verhaltens- und Problembewältigungsmustern verbindet, wie sie in der DDR-Sozialisation erfahren wurden und nunmehr auch zur Bewältigung von sozialen Konflikten in der Umbruchsituation weiter wirken. Die Betrachtung der Situation unter einem solchen Blickwinkel führt dann nämlich zu der

Annahme, daß soziale Probleme unmittelbar nach der Wende durch die ehemaligen DDR-Bürger überwiegend in konformer und den neuen, systemisch durch die Übernahme der westdeutschen Rechtsordnung vorgegebenen Regeln entsprechend bewältigt wurden. Dem widerspricht nur scheinbar die Tatsache, daß unter bestimmten Teilen der ostdeutschen Jugend Gewaltbereitschaften in Gewalttätigkeiten umschlugen, die gerade das durch die Medien vermittelte Bild von der Kriminalität in Ostdeutschland wesentlich prägen. Hier ist eben auffallend, daß im Kontext des Gewaltdiskurses und der gegenwärtigen machtpolitischen Instrumentalisierung des Gewaltthemas bestimmte, gewiß symptomatische Erscheinungen in Ostdeutschland in einer Weise verallgemeinert wurden, in deren Folge differenzierte Betrachtungen marginalisiert werden. Das Konstruieren eines unmittelbaren Zusammenhangs von Zusammenbruch der ehemaligen DDR-Gesellschaft auf der einen und gerade auch mit Gewalt verbundener Kriminalität auf der anderen Seite muß bei genauerem Hinsehen in Frage gestellt werden. Gerade für die erste Phase nach der Vereinigung ist bekannt, daß im Bereich der als Beweis für eine dramatische Kriminalitätsentwicklung herangezogenen schweren und organisierten Kriminalität ein Implementationsvorgang feststellbar ist, dessen genauere Untersuchung erst Aufschluß darüber geben würde, in welchem Maße hier tatsächlich die soziale Situation in Ostdeutschland als »verursachend« zu betrachten ist. Die Radikalisierung gerade der rechts- bzw. auch der linksextremen Jugendkulturen in den neuen Bundesländern kann ebensowenig ohne den Einfluß von außen erklärt werden wie auch organisierter Autohandel, Mädchenhandel und die Anfänge einer Drogenszene nicht in erster Linie hausgemacht sind. Noch einmal: Es geht in diesem Zusammenhang nicht darum, einen Anstieg von Kriminalität und das Auftauchen neuer Kriminalitätsformen in den neuen Bundesländern zu bestreiten. Worum es geht ist, die Situation in ihrer widersprüchlichen Komplexität zu erfassen und insbesondere zu begreifen, daß die kriminologische Erklärung der Situation im Osten Deutschlands auch die über 40 Jahre gewachsene Eigentümlichkeit eines Gemeinwessens in Betracht ziehen muß, der zur Beschreibung von Konfliktlagen und ihrer auch kriminologisch relevanten Bewältigung bis auf weiteres eine entscheidende Bedeutung zukommt. Zu fragen ist, warum sich inzwischen diese Situation zu wandeln beginnt, und es Anzeichen dafür gibt, daß die Prophezeiungen tatsächlich wahr zu werden drohen.

Erfüllt sich die permanente Prophezeiung?

Wie soziologische Untersuchungen zeigen (IPOS 1992), hat sich die Situation in den neuen Bundesländern 1992 im Vergleich zu den vorangegangenen beiden Jahren deutlich verändert. Während die Zeit unmittelbar nach der Wende überwiegend von hohen positiven Erwartungshaltungen hinsichtlich der mit den neuen Verhältnissen vermuteten Möglichkeiten für die eigene, individuelle Entwicklung geprägt war, das Erleben eines befreienden Vorgangs der Beseitigung von politischer Bevormundung und materieller Not vorherrschte und ein für fast alle spürbarer Anstieg des materiellen Lebensniveaus zu beobachten war, ist mit der vor sich gehenden Rekonstruktion neuer wirtschaftlicher, politischer und sozialer Verhältnisse nunmehr ein Umschlagen der Befindlichkeit der ostdeutschen Bevölkerung feststellbar. Für die erste Phase (1990/1991) war bereits zu sehen, daß Identitätsverlust (Diskriminierungs- und Fremdbestimmungsgefühle) mit Bereitschaft zu Devianz und bis zu Gewalttätigkeit gehender Konfrontation mit dem neuen System korrelierten, ein Zusammenhang, der jedoch insgesamt von einer positiv empfundenen Entwicklung und Erwartungshaltung überdeckt war. Für die inzwischen eingetretene Entwicklung scheint demgegenüber charakteristisch zu sein, daß sich ein allgemeiner Identitätsverlust durch die Erfahrung von Disfunktionalität ehemals gelernter Verhaltensmuster sowie der häufig als Fremdbestimmung erlebten Verwaltung in den neuen Bundesländern und fehlende Möglichkeiten, eigene Interessen in den bislang nicht bekannten politischen Organisationsformen auszudrücken, zu einer Verallgemeinerung des bei Jugendlichen offensichtlich von Anfang an zu beobachtenden Phänomens der Kompensation von Verunsicherung durch spontane und häufig anarchische Gegenreaktionen führten. Eben in diesem Kontext ist wahrscheinlich auch eine Erklärung für die breite Zustimmung und den Beifall zu ausländerfeindlichen Gewalttätigkeiten zu sehen.

Die massenhafte Erfahrung von Kontrollverlust über die eigene Realität, verbunden mit dem Rückgang positiver Zukunftserwartungen (meist diffuse Vorstellung davon, daß es in irgendeiner Weise, zumindest aber ohne Verschlechterungen, weitergehen würde), kann bisherige Konformität auflösen und eine Verstärkung sozialer Tendenzen, die Gewaltbereitschaften erzeugen und gleichzeitig Gewalttätigkeit als Mittel zur Konfliktlösung als probates Mittel erscheinen lassen, hervorbringen. Hierin drückt sich die inzwischen eingetretene Ambivalenz von Systemakzeptanz und Protest bzw. positiver Zukunftserwartung und Resignation aus.

Auch hinsichtlich des zunächst nahezu für alle spürbaren Wohlstandsschubes ist inzwischen eine stärkere Differenzierung eingetreten,

die teilweise sogar mit gegenläufigen Entwicklungen – zumindest für bestimmte Teile der ostdeutschen Bevölkerung – verbunden ist. Preis- und Mietsteigerungen auf der einen Seite und sozialer Abstieg, insbesondere die drohende und sehr wahrscheinliche Dauermassenarbeitslosigkeit auf der anderen Seite, führen zu einer Anspannung der sozialen Situation für weite Teile der ostdeutschen Bevölkerung. Diese Kombination der Erfahrung von Kontrollverlust, des Erlernenmüssens neuer Verhältnisse bzw. das Erleben ihrer Unbeherrschbarkeit sowie der Verunsicherung, Stagnation oder gar des Absinkens eines erreichten materiellen Lebensniveaus heben Systemakzeptanz und Konformität tendenziell auf.

Schließt sich hier nun der Kreis? Das »Horrorzenario«, auf das man solange »gewartet« hat, erhält angesichts dieser hier skizzierten Entwicklungen eine höhere Wahrscheinlichkeit. Wenngleich sich diese Tendenzen nicht, wie der Tunnelblick von West nach Ost häufig glauben machen will, allein im Osten abspielen, so sind sie jedoch offensichtlich in den neuen Bundesländern ein Indikator für die dort vor sich gehenden Umbruchsprozesse. Gewiß hat der kriminologische Diskurs um die dramatische Kriminalitätsentwicklung in den neuen Bundesländern selbige nicht herbeigeredet, jedoch verhält er sich kompatibel zu Vorgängen der undifferenzierten Auflösung ostdeutscher Identität und Selbstbestimmung, wie sie als politischer Vorgang seit der Vereinigung feststellbar ist. Insofern jedenfalls ging die kritisch betrachtete kriminologische Diskussion um eine dramatische Kriminalitätsentwicklung im Osten konform mit politischen Vorgängen, deren Effekte (sicher nicht unbedingt Absichten) zu Kontrollverlusten zumindest für Teile der Bevölkerung in den neuen Bundesländern führten, die dann wiederum einen sozialen Hintergrund für die Entstehung von sozialen Konflikten und Kriminalität in dem hier beschriebenen Sinne abgeben.

DR. UWE EWALD

arbeitet an der Kriminologischen Forschungsstelle der Humboldt-Universität Berlin

Anmerkungen:

- 1 In Graphik 1 auf Seite 29 werden Ergebnisse einer gemeinsamen Untersuchung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg und des Bundeskriminalamtes Wiesbaden wiedergegeben bzw. aus anderer Perspektive interpretiert. Die hier verwendeten Daten stammen aus zwei Veröffentlichungen von Helmut Kury (Kury, 1991, S. 68, S. 72; Kury, 1992, S. 171).
- 2 Die Zahlen sind der Polizeilichen Kriminalstatistik der Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1991, S. 30, entnommen.
- 3 In der gegebenen Darstellung wurden die Angaben zur Opferwerdung getrennt nach dem Zeit-

raum vor und nach der Wende auf die jeweils gegebenen gültigen Antworten zu den einzelnen Delikten berechnet. D.h. am Beispiel des Pkw-Diebstahls in den neuen Bundesländern: Von den 3.192 gültigen Antworten zu diesem Delikt haben acht Probanden angegeben, vor der Wende Opfer geworden zu sein (= 0,3%), während fünf Probanden (= 0,2%) angaben, nach der Wende Opfer eines Autodiebstahls geworden zu sein. Entsprechendes gilt dann für die alten Bundesländer.

Literatur:

IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1992 in Deutschland. Ergebnisse jeweils einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in den alten und neuen Bundesländern, Mannheim 1992.

Kury, H., Crime and Victimization in East and West. Results of the First Comparative Victimological Study of the Former GDR and FRG, in: Günter Kaiser, Helmut Kury, Hans-Jürgen Albrecht (Hrsg.), Legal Protection, Restitution and Support, Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Bd. 51, Freiburg i. Br. 1991, S. 45-98.

Kury, H., Kriminalität und Viktimisierung in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse der ersten vergleichenden Victim Survey in der ehemaligen DDR und BRD, in: Helmut Kury (Hrsg.), Gesellschaftliche Umwälzung. Kriminalitätserfahrungen, Straffälligkeit und soziale Kontrolle, Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Bd. 54, Freiburg i. Br. 1992, S. 141-228.

Polizeiliche Kriminalstatistik 1991, Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1991, Bundeskriminalamt Wiesbaden 1992.